



1 US \$ = 0,763 Euro
1 Euro = 1,310 US\$

Das ideale Geschenk



Bestell-Coupon Seite 2

AMERICAN
NEWSPAPER
PUBLISHED
IN GERMAN

POSTMASTER: MUST BE DELIVERED BY FEB 4, 2012

Versandt am 31.1.12
Einzelpreis US\$2.00



W NORDAMERIKANISCHE WOCHEN-POST

158th Year - No. 2358980 • Sunday, January 29 - Saturday, February 4, 2012



**Ein Muster an
Kontinuität - Die
Queen ist 60 Jahre
im Amt**
Seite 3 und 4

**Siegeszug der Smart-
phones: Jetzt auch
im Kinderzimmer**
Seite 8

**300. Geburtstag
Friedrich II**
Seite 5



NACHRICHTEN

**«Miss
Germany»:
24 Bewerber**

Rust (dpa) - Gesucht wird die Schönste: 24 junge Frauen aus ganz Deutschland treten in diesem Jahr zur Wahl der «Miss Germany» an. Die Wahl ist am 11. Februar im Europa-Park in Rust. An den deutschlandweit 160 Vorwahlen nahmen 6530 Frauen teil. Vor der Wahl trainieren die Kandidatinnen acht Tage lang auf der spanischen Ferieninsel Fuerteventura für ihren Auftritt.

► Seite 7

**Schnee auf
Mallorca**

Madrid (dpa) - Ausläufer der Kältewelle haben auch auf Spanien übergriffen. Auf der Ferieninsel Mallorca schneite es im Bergland der Sierra de Tramuntana zum ersten Mal in diesem Jahr. Auf dem Festland herrschte in weiten Teilen Nord- und Mittelspaniens Nachtfrost. Nach Angaben des staatlichen Wetteramts Aemet wurden in der Gegend von Huesca im Norden des Landes minus neun Grad gemessen. In Madrid lag der Tiefstwert bei minus vier Grad.

**Bierkonsum
gesunken**

Wiesbaden (dpa) - In Deutschland wird immer weniger klassisches Bier getrunken. Die einheimischen Brauereien setzten 2011 im Inland 82,7 Millionen Hektoliter alkoholhaltiges Bier und alkoholhaltige Mischgetränke ab, teilte das Statistische Bundesamt mit. Das ist ein Rückgang von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

**Skifahrer stirbt
bei Sturz in
eisigen Bach**

Wien (dpa) - Bei einem dramatischen Skiunfall ist ein 45-Jähriger aus Brandenburg in den österreichischen Alpen ums Leben gekommen. Der Skifahrer war nach Polizeiangaben im österreichischen Vorarlberg kopfüber in einen zugefrorenen Bach gestürzt, hatte dabei mit dem Kopf das Eis durchschlagen und tödliche Verletzungen erlitten.



**Schweriner
Schloss spiegelt
sich im Burgsee**

Das Schweriner Schloss spiegelt sich am 24.01.2012 im Burgsee. In die Sanierung der Schlösser und Gärten des Landes fließen in diesem Jahr 27 Millionen Euro. Allein für Arbeiten am Schweriner Schloss sind im Landeshaushalt gut sieben Millionen Euro angemeldet, wie das Finanzministerium, das für die Schlösserverwaltung zuständig ist, auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa mitteilte. Foto: dpa

Verfassungsschutz beobachtet Linke-Bundestagspolitiker

**Linke: 42 Abgeordnete
werden beobachtet**

Berlin (dpa) - Der Verfassungsschutz beobachtet nach Angaben der Linken mehr als die Hälfte ihrer 76-köpfigen Bundestagsfraktion - und damit weit mehr als bisher bekannt. Ungeachtet der bis in die Union verbreiteten Kritik verteidigte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) die umstrittene Praxis erneut. Die SPD zeigte sich fassungslos über die Beobachtung. Unklar ist nach Darstellung der Magazine «Spiegel» und «Focus», welche Linken künftig noch beobachtet werden sollen.

«Mindestens 42 Bundestagsabgeordnete der Linken sind im Visier des Verfassungsschutzes», erklärte Linke-Chef Klaus Ernst am Sonntag im Internet und erweiterte dabei seine Angaben. Die Behörden in Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg hätten eingestanden, dass sie die Abgeordneten aus diesen Ländern ausforschen. «Das sind alles öffentliche Aussagen.» Auch Ernst wird demnach beobachtet.

«Es ist auch nicht richtig, dass das Bundesamt und die Landesämter eigenständig operieren», sagte Ernst. Friedrich hatte von einer Anweisung berichtet, die Linke nicht zu überwachen, sondern nur zu beobachten. Vom Bundesamt für Verfassungsschutz werde seines Wissens dagegen nicht verstoßen. Der Einsatz geheimdienstlicher Mittel seitens Landesämtern wur-

de hingegen bekannt. Ernst sagte: «Ob Bundesamt oder Landesamt, es spitzelt immer der Verfassungsschutz.»

Unionsfraktionsvize Johannes Singhammer (CSU) sagte laut «Spiegel», wenn nur öffentliche Quellen benutzt würden, «frage ich mich, welchen Erkenntniswert diese Beobachtung haben soll». Der Chef des Rechtsausschusses, Siegfried Kauder (CDU), sagte: «Der Weg, auf dem die Linke beobachtet wird, ist nicht in Ordnung.» Schließlich kontrolliere nicht der Verfassungsschutz das Parlament.

Friedrich bekräftigte im «Focus», Teile der Linken unterstützten ausländische Terrororganisationen, seien in Gruppen, die eine kommunistische Ordnung anstrebten, oder rechtfertigten Straftaten bei Demonstrationen. «Das sind drei gute Gründe, die Entwicklung innerhalb der Partei zu beobachten.» Die Verfassungsfeindlichkeit der Linken habe sich aus Sicht der Sicherheitsbehörden sogar verschärft, berichtete der «Focus» unter Berufung auf interne Papiere. Demnach sieht der Verfassungsschutz eine Beobachtung auch von gemäßigten Linke-Mitgliedern zudem als gerechtfertigt an. Nicht nötig sei «das Vorliegen eigener subjektiver Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen in der Person der Betroffenen selbst», zitiert

das Magazin eine internen Analyse.

Friedrich hatte angekündigt, dass künftig nur Führungsfiguren der Fraktion und Mitglieder extremistischer Gruppierungen beobachtet werden sollen. Das Bundesverwaltungsgericht hatte laut «Spiegel» geurteilt, dass auch ein harmloser Politiker womöglich «verfassungsfeindliche Bestrebungen fördert, ohne dies zu erkennen». Das Bundesverfassungsgericht wolle dieses Urteil in diesem Jahr aber neu bewerten.

Unter den Beobachteten sind auch Parteichefin Gesine Löttsch, Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und Fraktionschef Gregor Gysi, dessen fast 1000-seitige Akte nachrichtendienstlich beschafftes Material enthält.

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier sagte der «Welt am Sonntag»: «Ich bin einigermaßen fassungslos: Der Verfassungsschutz überwacht Abgeordnete der Linkspartei, während eine rechtsradikale Mörderbande über ein Jahrzehnt unbehelligt durch Deutschland zieht.» Der Verfassungsschutz verschaffe der Linken «unverdiente Beachtung», fügte er hinzu.

Ernst forderte Friedrich auf, binnen einer Woche die Zahl und Namen der ausgeforschten Abgeordneten zu nennen. Sonst sei auch die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses kein Tabu mehr.

**Junge Menschen
leiden unter Eurokrise**

London (dpa) - Unter der Krise der Eurozone leiden nach Ansicht britischer Zeitung «The Times» vor allem junge Menschen, die neu auf dem Arbeitsmarkt sind: «Die überraschend guten Neuigkeiten aus Davos diese Woche waren, dass es Optimismus über die Zukunft des Euro gab. Dieser war vorsichtig, eingeschränkt und zurückhaltend, aber jede Art von Optimismus ist willkommen. Allerdings ist auch einer der schlechten Indikatoren der schrecklichen Krise ein Thema

verzweifelter Diskussionen gewesen - die Arbeitslosenquoten in Europa, besonders unter jungen Menschen (...). Die endgültigen Kosten der Eurozonen-Krise werden vielleicht nicht am Ausmaß der direkt spürbaren Misere gemessen werden, obwohl es noch zu früh ist, da sicher zu sein. Doch die Krise könnte einen langen Schatten für eine ganze Generation werfen, die das Pech hatte, genau zu dem Zeitpunkt in den Arbeitsmarkt einzutreten, an dem ihre Regierungen sie so im Stich gelassen haben.»

Eklat in Wien:

**FPÖ vergleicht
Burschenschafter mit
verfolgten Juden**

Wien (dpa) - Der Parteichef der österreichischen FPÖ, Heinz-Christian Strache, hat durch den Vergleich von Besuchern eines umstrittenen Burschenschaftsballes mit verfolgten Juden heftige Debatten ausgelöst. Strache hatte angesichts von Protestaktionen linker Gruppen gegen den Ball am Freitagabend, dem Auschwitz-Gedenktag, laut einem Zeitungsbericht gesagt: «Das war wie die Reichskristallnacht.» Und bei dem Gespräch am späten Abend, das ein Journalist hörte, hinzugefügt: «Wir sind die neuen Juden.»

Gegen den Ball, an dem in den vergangenen Jahren auch rechtsextreme Politiker teilgenommen hatten, demonstrierten linke und linksradikale Gruppen. Dabei wurde auch die Zufahrt zum

Ball behindert, Besucher des Balles wurden angepöbelt und nach Zeugenberichten auch angespuckt.

Die sozialdemokratische Partei SPÖ und die Grünen kritisierten die Vergleiche Straches als «ungeheuerlich». Die SPÖ sprach von einer «Relativierung und Verharmlosung des industriellen Massenmords der Nazis». Die Israelitische Kultusgemeinde kündigte eine Anzeige an.

Die FPÖ teilte mit, Straches Aussagen seien falsch eingeordnet und verzerrt dargestellt worden. Strache habe das Leid, das den Juden angetan wurde, nicht relativieren wollen. Er habe lediglich gemeint, Angriffe auf Menschen wie bei dem Ball erinnerten an «die grausamen Berichte über die unselige NS-Zeit».